19. Wahlperiode

Drucksache **19/4107**

HESSISCHER LANDTAG

21. 11. 2016

Plenum

Antrag
der Fraktion der SPD
betreffend gute Arbeit am Frankfurter Flughafen: nein zu Sozialdumping durch Ryanair

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Mediationsergebnis dem Frankfurter Flughafen u.a. ein Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr und eine Stärkung des aktiven und passiven Schallschutzes verordnet, aber auch eine Entwicklungsperspektive eröffnet hat. Es ist gut und richtig, dass die Fraport AG als Betreiberin des Flughafens nach Wegen sucht, um Beschäftigung zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Landtag hat jedoch Zweifel daran, dass eine Fluggesellschaft Ryanair mit ihrem Geschäftsmodell für ein Wachstum sorgt, das den qualitativen Ansprüchen guter Arbeit gerecht wird.

2. Der Landtag stellt fest, dass u.a. die Gewerkschaft UFO der Ryanair vorhält, dass sie ihren Mitarbeitern in Cockpit und Kabine absolute Niedriglöhne zahle, gültige Sozialstandards unterlaufe, Piloten einschüchtere und für ihre Mitarbeiter den Abschluss einer deutschen Krankenversicherung ebenso verhindere wie den Erwerb von Renten- oder Arbeitslosengeld-Ansprüchen. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass solche Praktiken an keiner Arbeitsstätte in Hessen einen Platz haben und besonders nicht an einer, an der das Land Hessen maßgeblich beteiligt ist.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Europa die Sozialstandards in der Luftfahrt nicht immer mehr ausgehöhlt werden. So ist es zum Beispiel in Irland möglich, dass Flugbegleiter und Piloten aus Drittländern angestellt werden, die über Leiharbeitsfirmen aus Singapur und Bangkok beschäftigt werden. Es sollte in Europa und besser noch global ebenfalls Standards geben, wie viele Stunden Piloten ohne Pause fliegen dürfen.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, ein klares Bekenntnis gegen atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse am Luftverkehrsstandort Frankfurt abzugeben.

5. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass durch die neue Entgeltordnung, deren Inkrafttreten die Fraport AG zum 01.01.2017 beantragt hat, keine in Frankfurt bereits ansässige Fluggesellschaft gegenüber einer neuen Airline, die mit Rabatten zur Gründung einer Basis angeworben werden soll, benachteiligt werden darf.

6. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Bouffier keinerlei Initiative zur Weiterentwicklung der Systempartnerschaft zwischen der Fraport AG und der Lufthansa AG erkennen lässt.

Wiesbaden, 21. November 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Eingegangen am 21. November 2016 · Ausgegeben am 21. November 2016
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de